

The Hidden Crisis: Armed Conflict and Education
EFA Global Monitoring Report 2011. Summary
Deutsche Kurzfassung

herausgegeben von

Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (DUK)
Colmantstr. 15
53115 Bonn

und

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat Bildung
Dahlmannstr. 4
53113 Bonn

Redaktion
Katja Römer (DUK)

Auswahl, Übersetzung und redaktionelle Mitarbeit
Jan-Philipp Disselbeck

Die Fotos sind entnommen aus:
The Hidden Crisis: Armed Conflict and Education
Education for All Global Monitoring Report 2011
Summary

Der EFA Global Monitoring Report ist eine von der UNESCO im Namen der internationalen
Gemeinschaft in Auftrag gegebene unabhängige Publikation. Daran mitgewirkt haben das
Redaktionsteam sowie zahlreiche weitere Personen, Organisationen, Institutionen und Regierungen.

Die in dieser Kurzfassung sowie im Bericht selbst enthaltenen Analysen und Politikempfehlungen
entsprechen nicht unbedingt den Ansichten der Herausgeber oder der UNESCO. Die verwendeten
Bezeichnungen und die Präsentation der Inhalte in Kurzfassung und Bericht stellen keinerlei
Meinungsausprägung der Herausgeber oder der UNESCO hinsichtlich des Rechtsstatus eines Landes,
Territoriums, einer Stadt oder eines Gebiets oder deren Behörden oder hinsichtlich von Grenz-
verläufen dar. Die Verantwortung trägt das EFA Global Monitoring Report Team. Die Gesamt-
verantwortung für Ansichten und Meinungen in dem Bericht liegt bei dem Direktor des Teams.

Das EFA Global Monitoring Report Team

Direktor: Kevin Watkins

Recherche: Samer Al-Samarrai, Nicole Bella, Stuart Cameron, Anna Haas, François Leclercq,
Elise Legault, Anaïs Loizillon, Karen Moore, Patrick Montjourides, Pauline Rose

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Diederick de Jongh, Andrew Johnston, Leila Loupis,
Marisol Sanjines, Sophie Schlondorff, Céline Steer

Organisation und Produktion: Erin Chemery, Julia Heiss, Marc Philippe Liebnitz, Judith
Randrianatoavina, Martina Simeti, Suhad Varin

Weitere Informationen zum EFA Global
Monitoring Report 2011 erhalten Sie über:

The Director
EFA Global Monitoring Report Team
c/o UNESCO
7, place de Fontenoy
75352 Paris 07 SP
Frankreich
Email: efareport@unesco.org
Tel.: +33 1 45 68 10 36
Fax: +33 1 45 68 56 41
www.efareport.unesco.org

Der vollständige Bericht und die englischsprachige
Kurzfassung sind online zugänglich unter:
www.efareport.unesco.org

Der Global Monitoring Report kann online
bestellt werden auf:
www.unesco.org/publishing

Die vorliegende deutsche Kurzfassung ist online
zugänglich unter:
www.unesco.de/efareport.html

Wenn in der vorliegenden Übersetzung ausschließlich die männliche oder weibliche Form
Verwendung findet, so dient dies der Lesbarkeit und Einfachheit. Es sind stets Personen des
jeweils anderen Geschlechts mit einbezogen, sofern nicht ausdrücklich anders erwähnt.

Weltbericht „Bildung für alle“ 2011

Kurzfassung

Die unbeachtete Krise: Bewaffneter Konflikt und Bildung



Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Einleitung

Auf dem Weltbildungsforum in Dakar, Senegal, im April 2000 hat die internationale Gemeinschaft den Aktionsplan „Bildung für alle“ (Education for All, EFA) verabschiedet. Seine sechs Ziele sollen bis 2015 erreicht werden. Die Ziele 2 und 5 sind auch in die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen eingegangen.

Überblick über die sechs EFA-Ziele

- Ziel 1** Frühkindliche Förderung und Erziehung soll ausgebaut und verbessert werden, insbesondere für benachteiligte Kinder.
- Ziel 2** Bis 2015 sollen alle Kinder – insbesondere Mädchen, Kinder in schwierigen Lebensumständen und Kinder, die zu ethnischen Minderheiten gehören – Zugang zu unentgeltlicher, obligatorischer und qualitativ hochwertiger Grundschulbildung erhalten und diese auch abschließen.
- Ziel 3** Die Lernbedürfnisse von Jugendlichen und Erwachsenen sollen durch Zugang zu Lernangeboten und Training von Basisqualifikationen (*life skills*) abgesichert werden.
- Ziel 4** Die Analphabetenrate unter Erwachsenen, besonders unter Frauen, soll bis 2015 um 50% reduziert werden. Der Zugang von Erwachsenen zu Grund- und Weiterbildung soll gesichert werden.
- Ziel 5** Bis 2005 soll das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarbildung überwunden werden. Bis 2015 soll Gleichberechtigung der Geschlechter im gesamten Bildungsbereich erreicht werden, wobei ein Schwerpunkt auf der Verbesserung der Lernchancen für Mädchen liegen muss.
- Ziel 6** Die Qualität von Bildung muss verbessert werden.

Zehn Jahre später lautet die vorherrschende Botschaft des Weltbildungsberichts 2011, dass Staaten auf der ganzen Welt hinter ihren Zusagen zurückbleiben. Trotz dieser ernüchternden Feststellung sind auch bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchen, nimmt ab, Geschlechterdisparitäten verringern sich und mehr Kindern gelingt der Übergang von der Grundschulbildung zur Sekundarbildung und darüber hinaus. Einige der ärmsten Länder der Welt

Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs)

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat sich im Jahr 2000 auf 8 Millenniums-Ziele verpflichtet, darunter die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, die Reduzierung der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern.

Millenniums-Entwicklungsziele mit Bildungsbezug

Ziel 2. Grundschulbildung für alle erreichen.
Unterziel 3: Alle Kinder, Jungen wie Mädchen, sollen eine Grundschulausbildung erhalten.

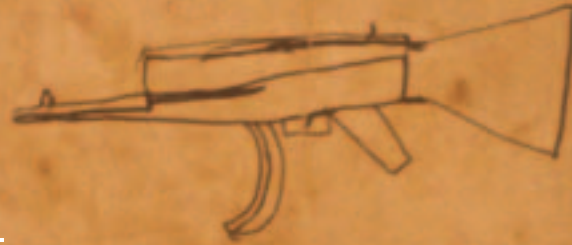
Ziel 3. Die Gleichstellung der Geschlechter und die politische, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen fördern.

Unterziel 4: Die Abschaffung von Geschlechterdisparitäten in Primar- und Sekundarbildung möglichst bis 2005 und spätestens 2015 auf allen Bildungsstufen.

haben beeindruckende Ergebnisse vorzuweisen, die zeigen, dass niedrige Einkommen nicht zwingend ein Hindernis für schnelle Fortschritte sind.

Dennoch klafft eine große Lücke zwischen der Erklärung von Dakar und dem Einlösen der darin festgehaltenen Zusagen. Es gibt beunruhigende Anzeichen dafür, dass diese Lücke größer wird. Angesichts des gegenwärtigen Trends könnte es im Jahr 2015 mehr Kinder als heute geben, die keine Schule besuchen. Ohne gemeinsame Anstrengungen, diesen Trend umzukehren, wird das Versprechen von Dakar an die Kinder der Welt in umfassender Weise gebrochen.

Ein Bruch dieses Versprechens wird weitreichende Konsequenzen haben, auch für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs), unter anderem in den Bereichen Armutsbekämpfung, Ernährung, Kindersterblichkeit und der Gesundheit von Müttern. Nationale und internationale Chancenungleichheit in der Bildung werden ökonomisches Wachstum gefährden und Disparitäten im Globalisierungsprozess verstärken. Obwohl kein Thema mehr Aufmerksamkeit verdient, verliert das Thema Bildung auf der entwicklungs-politischen Agenda, auch der G8 und der G20, immer weiter an Bedeutung.



Die sechs EFA-Ziele – Wo stehen wir?

Ziel 1

Frühkindliche Bildung und Erziehung

Obleich die Kindersterblichkeit zurückgeht - 2008 starben 8,8 Millionen Kinder unter 5 Jahren, 1990 12,5 Millionen - sind von den 68 Ländern mit hohen Kindersterblichkeitsraten nur 19 auf dem richtigen Weg, das Millenniums-Ziel einer Zweidrittelreduktion bis 2015 zu erreichen.¹

Regierungen unterschätzen nach wie vor die Auswirkungen, die Mangelernährung bei Kleinkindern auf ihre Bildungschancen hat. Ca. 195 Millionen Kinder unter 5 Jahren in Entwicklungsländern – ein Drittel der Gesamtzahl – sind unterentwickelt oder haben eine zu geringe Körpergröße. Mangelhaft ernährte Kinder werden ihr physisches und geistiges Potenzial häufig nicht verwirklichen, mit geringerer Wahrscheinlichkeit eine Schule besuchen und eher niedrigere Lernerfolge aufweisen.

Die Gesundheit von Kindern und Müttern hat derzeit einen begrüßenswert höheren Stellenwert auf der internationalen entwicklungspolitischen Agenda, wie durch die angekündigten Initiativen auf dem G8-Gipfel 2009 und dem MDG-Gipfel 2010 sichtbar wurde. Gegenwärtige Vorhaben verkennen jedoch die Katalysatorfunktion von Bildung – insbesondere der Bildung von Müttern – für die Förderung von Zielen der Gesundheitspolitik. Bildung verbessert die Gesundheit sowohl von Kindern als auch von Müttern, weil Frauen in die Lage versetzt werden, Informationen zu Ernährung und Krankheiten zu verstehen, sachkundige Entscheidungen zu treffen und größere Kontrolle über ihr Leben auszuüben.

Untersuchungen deuten darauf hin, dass der Bildungsstand von Müttern entscheidend für die Überlebensaus-

sichten eines Kindes ist. Wenn die durchschnittliche Kindersterblichkeit in Subsahara-Afrika auf das Niveau sinken würde, das für Kinder von Müttern mit Sekundarbildung gilt, so gäbe es 1,8 Millionen weniger tote Kinder in der Region – eine Reduktion um 41%.

Der Weltbildungsbericht 2011 zeigt, dass in vielen Ländern Mütter mit höherer Bildung eher wissen, dass HIV durch das Stillen übertragen werden kann und dass das Risiko einer Mutter-Kind-Übertragung durch die Einnahme von Medikamenten während der Schwangerschaft reduziert werden kann. Die Ergebnisse dieses Berichts unterstreichen, dass viele der ca. 370.000 HIV-Infektionen von Kindern unter 15 Jahren im Jahr 2007 durch bessere Bildung der Mutter hätten verhindert werden können.

Frühkindliche Bildungsprogramme bereiten Kinder auf die Schule vor, entschärfen die Auswirkungen ökonomischer häuslicher Entwicklung, verhindern die Übertragung von Bildungsnachteilen von Eltern auf Kinder und verbessern die Aussichten für ökonomisches Wachstum. Dennoch leidet die frühkindliche Bildungspolitik in vielen Entwicklungsländern nach wie vor unter unzureichender Finanzierung, unzureichender Planung und Disparitäten. Kinder sehr benachteiligter Haushalte können am stärksten von solchen Programmen profitieren, dennoch sind gerade sie darin oft am wenigsten vertreten.

Ziel 2

Universelle Grundschulbildung

In den letzten zehn Jahren sind merkbliche Fortschritte hinsichtlich der Grundschul-Einschulungsrate zu verzeichnen. Die Geschwindigkeit des Fortschritts war jedoch sehr unterschiedlich und verlangsamt sich möglicherweise. Angesichts des gegenwärtigen Trends wird die Welt das im Dakar-Aktionsplan festgelegte Ziel nicht erreichen.

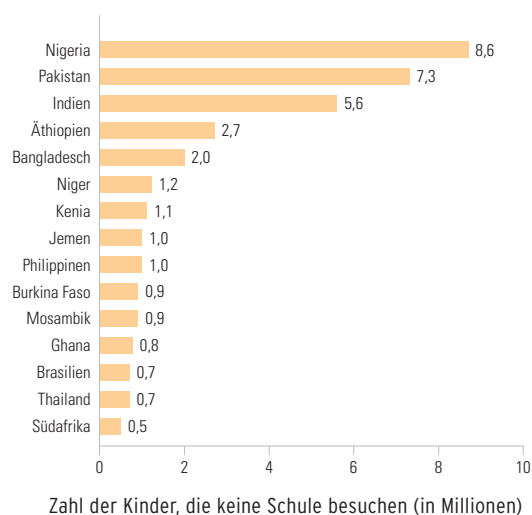
Zusätzliche
Bildung für
Mütter könnte in
Subsahara-Afrika
1,8 Millionen
Leben retten.

¹ Dieses Kapitel basiert auf Daten aus dem Jahr 2008 und damit auf den neuesten verfügbaren Daten.

Bei der Verabschiedung des Aktionsplans gab es ungefähr 106 Millionen Kinder, die keine Schule besuchten. Bis 2008 ging die Zahl auf 67 Millionen zurück. Zahlreiche Länder haben außergewöhnlich große Fortschritte zu verzeichnen, in Süd- und Westasien² wurde die Zahl, bedingt durch eine starke Entwicklung in Indien, halbiert. In Subsahara-Afrika sind die Einschulungsraten trotz eines großen Zuwachses an Kindern im Schulalter um nahezu ein Drittel gestiegen. Ca. 43% der Kinder, die nicht zur Schule gehen, leben in Subsahara-Afrika, weitere 27% in Süd- und Westasien, fast die Hälfte in nur 15 Ländern weltweit.

Abbildung 1: Die Hälfte der Kinder, die keine Schule besuchen, lebt in nur 15 Ländern

Zahl der Kinder im Grundschulalter in ausgewählten Ländern, die im Jahr 2008 keine Schule besuchten



Quelle: Abbildung 1.11 im EFA Global Monitoring Report 2011

Trotz ermutigender Erfolge ist die Welt nicht auf dem Weg, universelle Grundschulbildung bis 2015 zu erreichen. Trendanalysen, die für diesen Bericht durchgeführt wurden, untersuchen den Fortschritt bei der Einschulung in 128 Ländern, in denen 60% aller Kinder, die keine Schule besuchen, leben. Die Analyse zeigt, dass die Zahl der Kinder ohne Schulzugang in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts nur halb so schnell gesunken ist wie in der ersten Hälfte. Sollte dieser Trend anhalten, würden im Jahr 2015 nicht weniger als 72 Millionen Kinder keine Schule besuchen, mehr als im Jahr 2008.

Ungleichheiten bleiben ein Hindernis für schnelleren Fortschritt in der Bildung. Einige Länder, die dem Ziel

universeller Grundschulbildung sehr nahe sind, zum Beispiel die Philippinen und die Türkei, waren nicht in der Lage, den letzten, entscheidenden Schritt zu tun, vor allem aufgrund der mangelnden Erreichung marginalisierter Gruppen. Geschlechterdisparitäten bleiben tief verwurzelt.

Der Zugang zur Schule ist nur eine der Bedingungen für das Erreichen universeller Grundschulbildung. Viele Kinder werden eingeschult, verlassen die Grundschule aber vor dem Abschluss wieder. In Subsahara-Afrika brechen rund 10 Millionen Kinder die Grundschule frühzeitig ab. Dies stellt einen enormen Verlust an Talent dar und ist eine der Quellen von Ineffizienz im Bildungssystem. Sowohl Armut als auch schlechte Qualität von Bildung führen dazu, dass Kinder den für eine Versetzung erforderlichen Lernstand nicht erreichen. Dies trägt zu einer hohen Schulabbrecherquote bei.

Ziel 3

Lernchancen für Jugendliche und Erwachsene

Die Mehrheit der reichen Länder steht kurz vor der Verwirklichung universeller Sekundarbildung. Ein Großteil der Bevölkerung - ca. 70% in Nordamerika und Westeuropa - erreicht sogar Tertiärbildung. Am anderen Ende der Skala weist Subsahara-Afrika eine Bruttoeinschulungsrate³ von 34% in der Sekundarbildung und nur 6% in der Tertiärbildung auf. Doch die Region holt auf. Mit steigenden Einschulungsraten in Entwicklungsländern im Bereich der Grundschulbildung wächst auch der Bedarf an Sekundarbildung. Die Teilnahme an der beruflichen Bildung steigt ebenfalls an. Die Zahl der Jugendlichen, die keine Schule besuchen, fällt, aber im Jahr 2008 waren es immer noch 74 Millionen.

Ungleichheiten innerhalb der Staaten spiegeln die weltweite Schere in der Sekundarbildung wider. Schulbesuch und -abschluss sind stark an Einkommen, Ort, ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht und andere Faktoren gekoppelt, die zu Benachteiligung führen können. Obwohl die meisten Industrieländer hohe Einschulungsraten auf Sekundar- und Tertiärniveau aufweisen, sehen auch sie sich Problemen ausgesetzt, die auf Ungleichheit und Marginalisierung beruhen. Fast jeder fünfte Schüler in den OECD-Staaten erreicht keinen Abschluss einer höheren Sekundarschule. Risikofaktoren für den Schulabbruch sind unter anderem Armut, niedrige Bildung der Eltern und Immigrantensstatus. Steigende Jugendarbeitslosigkeit, verstärkt durch die weltweite Finanzkrise, hat zahlreiche OECD-Staaten dazu veranlasst, Kompetenzentwicklung eine größere Priorität beizumessen.

67 Millionen Kinder weltweit besuchen keine Schule.

² Unter Süd- und Westasien werden im Bericht folgende Länder gefasst: Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Iran, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka.

³ Bruttobeteiligungsrate/Bruttoeinschulungsrate (*gross enrolment ratios*) ergeben sich aus dem Verhältnis aller in einer bestimmten Bildungsstufe eingeschulten Kinder zur Menge der für diese Stufe offiziell vorgesehenen Altersgruppe.



Ein Leben in der Schwebeländer: Kinder im Naisingpara Flüchtlingslager, Indien

Weltweit gibt es circa 796 Millionen erwachsene Analphabeten.

© Timothy Allen AXIO M/HOA-QUI

Ziel 4

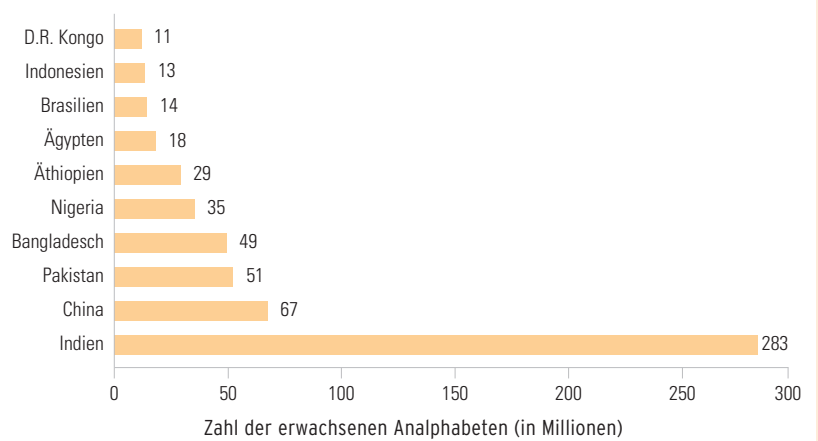
Alphabetisierung Erwachsener

Alphabetisierung bildet die Grundlage für bessere Lebensbedingungen, bessere Gesundheit und erweiterte Möglichkeiten. Von der Erreichung der im Dakar-Aktionsplan festgelegten Halbierung der Analphabetenrate unter Erwachsenen ist die Weltgemeinschaft weit entfernt. Dies ist Ausdruck einer traditionellen Vernachlässigung von Alphabetisierung in der Bildungspolitik.

Im Jahr 2008 besaßen nahezu 796 Millionen Erwachsene keine grundlegenden Lese- und Schreibkompetenzen – ca. 17 % der erwachsenen Weltbevölkerung. Fast zwei Drittel davon waren Frauen. Die große Mehrheit lebte in Süd- und Westasien und in Subsahara-Afrika. Die arabischen Staaten wiesen ebenfalls hohe Raten auf. In nur zehn Ländern leben 72% aller erwachsenen Analphabeten.

Einige Länder mit bisher hohen Analphabetenraten, darunter China und Kenia, sind im Begriff, ihre Verpflichtung einzuhalten. Angesichts der gegenwärtigen

Abbildung 2: Die Mehrheit der erwachsenen Analphabeten lebt in 10 Ländern
Zahl der erwachsenen Analphabeten in ausgewählten Ländern, 2005-2008



Quelle: Abbildung 1.29 im EFA Global Monitoring Report 2011

Geschwindigkeit des Fortschritts werden andere Länder, die einen bedeutenden Anteil der weltweiten Analphabeten aufweisen, die Verpflichtungen jedoch weit verfehlen. Bangladesch und Indien werden nicht mehr als die Hälfte des Ziels für 2015 erreichen, Angola, Tschad und die Demokratische Republik Kongo sogar noch weniger.

Zu Recht wird fehlendes politisches Engagement oft als Grund für einen langsamen Fortschritt bei der Alphabetisierung genannt. Auf internationaler Ebene gab es im letzten Jahrzehnt wenig bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Alphabetisierung ist nicht Bestandteil der Millenniums-Agenda. Ebenso wenig wie die UN-Alphabetisierungsdekade haben große internationale Konferenzen glaubhafte Handlungsplattformen dargestellt. Für einen Durchbruch in der Alphabetisierung werden nationale Regierungen mehr Verantwortung für die Planung, Finanzierung und Durchführung von entsprechenden Programmen übernehmen und dafür notwendige Partnerschaften etablieren müssen.

Ziel 5

Geschlechterparität und Gleichberechtigung

Die Geschlechterparität auf Grundschulebene steigt weiter. Obwohl Fortschritte in Richtung Geschlechterparität⁴ zu verzeichnen sind, werden viele arme Länder das Ziel ohne radikale Veränderungen ihrer Bildungspolitik nicht erreichen. Die Regionen mit der größten Geschlechterdisparität zu Beginn des Jahrzehnts – die arabischen Staaten, Süd- und Westasien und Subsahara-Afrika – haben allesamt Fortschritte zu verzeichnen. Dennoch sollte der noch zurückzulegende Weg nicht unterschätzt werden. 52 Länder weisen einen Geschlechterparitätsindex (GPI) von 0,95 oder weniger auf, in 26 Ländern 0,90 oder weniger. In Afghanistan sind 66 Mädchen je 100 Jungen eingeschult, in Somalia sogar nur 55. Hätte die Welt Geschlechterparität im Jahr 2008 erreicht, würde es 3,6 Millionen mehr Mädchen geben, die eine Schule besuchen.

Auf Sekundarniveau ist das Bild gemischt. Im Jahr 2008 hatten 24 Länder in Subsahara-Afrika mit vorliegenden Daten und drei in Südasien GPIs von 0,90 oder weniger bei der Einschulung auf Sekundarebene, zehn Länder 0,70 oder weniger. Geschlechterdisparitäten in der Sekundarbildung können in den meisten Fällen bis zur

Grundschule zurückverfolgt werden. In einem Großteil der Länder, in denen Mädchen die Grundschule abgeschlossen haben, haben sie die gleiche Chance auf die Sekundarschule zu kommen wie Jungen, obwohl sie dann wieder mit höherer Wahrscheinlichkeit die Schule abbrechen. Nachteile durch Einkommen, Ort, Sprache und andere Faktoren vergrößern Geschlechterdisparitäten. Während Unterschiede in der Schulanwesenheit zwischen Mädchen und Jungen aus wohlhabenden Elternhäusern oft gering sind, weisen Mädchen, die aus armen oder ländlichen Haushalten stammen oder einer ethnischen Minderheit angehören, typischerweise weit höhere Fehlzeiten auf.

Frauen sehen sich in höherem Maße Nachteilen hinsichtlich Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten ausgesetzt. Zugleich kann Bildung jedoch eine Rolle in der Verringerung dieser Nachteile auf dem Arbeitsmarkt spielen. Finanzielle Anreize, mädchenfreundliche Schumatmosphäre, verbesserter Zugang zu technischen Ausbildungsgängen und Programme zur beruflichen Bildung können diese Disparitäten überwinden.

Ziel 6

Bildungsqualität

Internationale Lernstandserhebungen belegen deutliche globale und nationale Unterschiede im Lernerfolg. Die *Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung* (IGLU) von 2006 bewertete die Lesekompetenz von Schülern in der vierten Klasse in vierzig Ländern. In wohlhabenden Ländern wie Frankreich und den USA erreichte die große Mehrheit der Schüler eine durchschnittliche oder überdurchschnittliche Leistung. In Marokko und Südafrika, beides Länder mit mittleren Einkommen, erzielten über 70% eine Leistung unterhalb des Minimums.

In vielen Entwicklungsländern sind die absoluten Lernerfolge außergewöhnlich niedrig. In Malawi und Sambia konnte 2007 über ein Drittel der Schüler im sechsten Schuljahr nicht fließend lesen. Einer Studie von 2009 zufolge waren in Indien nur 38% von Schülern im vierten Schuljahr aus ländlichen Gebieten in der Lage einen Text zu lesen, der für Schüler des zweiten Jahres bestimmt war.

Lernerfolg ist gekoppelt an Faktoren wie Einkommen und Bildung der Eltern, Sprache, ethnische Zugehörigkeit und Ort. Die Regierungen der ärmsten Länder stehen vor enormen Herausforderungen, wenn das durchschnittliche Lernniveau gehoben werden soll. Bildungspolitik, die auf Verbesserungen im gesamten Bildungssystem hin angelegt ist, wird ohne eine Reduzierung sozialer Benachteiligung sehr wahrscheinlich keinen Erfolg haben.

⁴ Geschlechterparität wird über den Geschlechterparitätsindex (GPI) bestimmt. Dieser gibt das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Schülern an. Parität gilt als erreicht, wenn auf die Einschulung von 100 Jungen zwischen 97 und 103 Mädchen entfallen.

Eine höhere soziale Benachteiligung bei der Einschulung ist stark gekoppelt an niedrigere Lernerfolge. In den meisten Ländern variiert die Qualität der Schulen, die verschiedene sozioökonomische Zielgruppen bedienen, beträchtlich. Deshalb sind allgemeingültige Schlussfolgerungen nicht möglich. Dennoch können einige Faktoren identifiziert werden, die offenbar entscheidende Auswirkungen in den unterschiedlichsten Ländern zeigen:

- *Die Lehrkraft ist entscheidend:* Qualifizierte Kräfte müssen für den Lehrerberuf dauerhaft gewonnen, mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet und unterstützt werden. Um universelle Grundschulbildung zu erreichen müssen bis 2015 weitere 1,9 Millionen Lehrkräfte angestellt werden, mehr als die Hälfte davon in Subsahara-Afrika.
- *Die tatsächliche Unterrichtszeit zählt:* Die Abwesenheit von Lehrkräften und aufgabenferne Tätigkeiten während des Unterrichts können die Lernzeit erheblich reduzieren und Lernungleichheiten verstärken. Bessere

Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte sowie eine Stärkung der Schulverwaltung und -führung können Fehlzeiten von Lehrkräften verringern und den Lernerfolg erhöhen.

- *Die ersten Schuljahre sind zentral:* Klassengrößen verringern sich häufig während der Schullaufbahn, so dass Schüler in höheren Klassen mehr Aufmerksamkeit erhalten. Ein in etwa gleiches Schüler-Lehrkraftverhältnis in allen Jahrgangsstufen und eine Fokussierung auf basale Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz sind zentral.
- *Die Ausstattung ist wichtig:* Schlecht ausgestattete Klassenräume sowie fehlende Bücher und Schreibmaterialien sind nicht förderlich für effektives Lernen.

Um Nachteilen marginalisierter Kinder zu begegnen, müssen Schulen besondere Unterstützung, unter anderem in Form von Extra-Lernzeit und zusätzlichen Ressourcen, gewähren. Nationale Lernstandserhebungen müssen auch dazu dienen, Kinder, Schulen und Regionen zu identifizieren, die Unterstützung benötigen.

Weltweit werden 1,9 Millionen neue Lehrer benötigt, um universelle Grundschulbildung zu erreichen.



Ein Klassenraum unter freiem Himmel in Port-au-Prince. Haitis Bildungssystem, durch Konflikt ohnehin geschwächt, wurde durch das Erdbeben im Januar 2010 zerstört.

„Bildung für alle“ finanzieren: Die Suche nach dem Durchbruch

Mehr finanzielle Mittel garantieren noch keinen Erfolg in der Bildung, doch chronische Unterfinanzierung ist ein sicherer Weg zum Scheitern. Der Dakar-Aktionsplan erkennt die Bedeutung finanzieller Verpflichtungen für die formulierten Ziele an. Viele der ärmsten Länder haben mehr Gelder für die Bildung ausgegeben, obwohl einige Regierungen Bildung immer noch zu wenig finanzielle Priorität in ihren nationalen Haushalten einräumen. Obgleich die Entwicklungshilfe gestiegen ist, haben Geber das Versprechen nicht eingehalten, dass kein Land, welches den EFA-Zielen verpflichtet ist, allein aus finanziellen Gründen scheitern soll. Im Blick auf das Jahr 2015 besteht die Gefahr, dass die Nachwirkungen der globalen Finanzkrise die bereits jetzt große Schere zwischen den Anforderungen von „Bildung für alle“ und den realen Finanzzusagen größer werden lassen.

Die nationalen Ausgaben für Bildung steigen, aber es gibt merkbare Unterschiede zwischen und in den Regionen. Sogar in den ärmsten Ländern sind Ausgaben der nationalen Regierungen, nicht Entwicklungshilfe, die Grundlage für Investitionen in die Bildung. Viele der ärmsten Länder der Welt haben ihre Investitionen erhöht. Staaten mit niedrigen Einkommen haben zusammengekommen den Anteil ihres nationalen Einkommens, den sie für Bildung ausgeben, seit 1999 von 2,9 auf 3,8% gesteigert. Einige Länder in Subsahara-Afrika haben besonders große Erhöhungen vorgenommen: In Burundi wurde der Anteil der Ausgaben für Bildung verdoppelt, in Tansania seit 1999 verdreifacht.

Manche Länder und Regionen, wie Zentral-, Süd- und Westasien, vernachlässigen jedoch nach wie vor die Bildung. Allgemein betrachtet steigen Bildungsinvestitionen mit dem nationalen Einkommen, aber es gibt Ausnahmen.

Entwicklungshilfe für Grundbildung stagnierte 2008 bei 4,7 Milliarden US-Dollar.

Pakistan hat bei etwa gleichem Pro-Kopf-Einkommen nur die Hälfte des Anteils am Bruttoinlandsprodukt für Bildung ausgegeben wie Vietnam. Stärkeres Wirtschaftswachstum von 1999 bis 2008 hat die Bildungsinvestitionen in den meisten Entwicklungsländern jedoch steigen lassen. In mehr als der Hälfte der Länder mit vorliegenden Daten war die reale Steigerung der Bildungsausgaben sogar höher als das Wirtschaftswachstum.

Für die ärmsten Entwicklungsländer gibt es erheblichen Spielraum, um Ressourcen zu mobilisieren und der Grundbildung mehr Gewicht zu verleihen. Der Weltbildungsbericht 2010 schätzte, dass sie weitere 7 Milliarden US-Dollar für Grundbildung aus Haushaltsmitteln bereitstellen könnten, um damit das Niveau der Ressourcen insgesamt auf rund 0,7 % des Bruttonationalprodukts anzuheben.

Internationale Hilfe bleibt hinter den Versprechen zurück

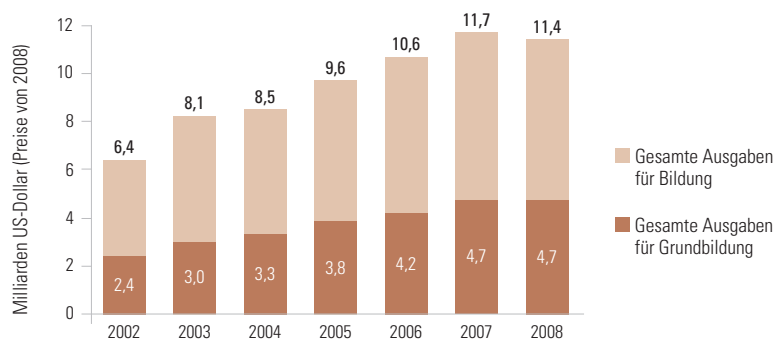
Die gesamte internationale Hilfe für Grundbildung hat sich seit 2002 fast verdoppelt und dazu beigetragen, dass wichtige Fortschritte erzielt wurden. Während Skeptiker den Wert von Entwicklungshilfe bezweifeln, sprechen die Ergebnisse eine andere, positive Sprache. Geber sind jedoch weit entfernt von den Zusagen, die sie in Dakar und auf anderen internationalen Gipfeln seitdem gemacht haben. Im Jahr 2005 beliefen sich die Zusagen der G8 und der Europäischen Union für 2010 auf 50 Milliarden US-Dollar, die Hälfte davon für Subsahara-Afrika. Der voraussichtliche Fehlbetrag wird auf 20 Milliarden US-Dollar geschätzt, davon für Subsahara-Afrika 16 Milliarden US-Dollar.

Geber verhalten sich sehr unterschiedlich in Bezug auf internationale Ziele und die verschiedenen verabschiedeten Zielmarken. Innerhalb der G8 geben Italien, Japan und die USA nach wie vor sehr wenig ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aus. Italien hat seine Ausgaben auf niedrigem Niveau 2009 um ein Drittel gekürzt und scheint seine EU-Zusage einer Relation der Entwicklungshilfe zum Bruttonationaleinkommen von mindestens 0,51% aufgegeben zu haben. Fiskalischer Druck hat Unsicherheit über die Zukunft der Entwicklungshilfe aufkommen lassen. Einige Länder jedoch, darunter Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten, haben ihre Entwicklungshilfe im Jahr 2009 erhöht.

Neuere Daten zur Entwicklungshilfe deuten eine beunruhigende Perspektive für „Bildung für alle“ an. Nach fünf Jahren sukzessiven Wachstums stagnierte die Entwicklungshilfe für Grundbildung im Jahr 2008 bei 4,7 Milliarden US-Dollar. Für Subsahara-Afrika, die Region mit der größten Finanzierungslücke bei „Bildung für

Abbildung 3: Entwicklungshilfeausgaben für Grundbildung stagnierten 2008

Entwicklungshilfeausgaben für Bildung, 2002-2008



Quelle: Abbildung 2.8 im EFA Global Monitoring Report 2011

alle“, sanken die Ausgaben um 4%, einem Äquivalent von 6% Entwicklungshilfe pro Kind im Grundschulalter.

Angesichts der Größe dieser Finanzierungslücke müssen die Prioritäten im Bildungsbereich überdacht werden. Wenn alle Geber mindestens die Hälfte ihrer Hilfe für Grundbildung ausgeben würden, könnten zusätzliche 1,7 Milliarden US-Dollar jährlich mobilisiert werden. Es gibt jedoch wenig Hinweise darauf, dass große Geberländer dies tun. Einige große G8-Geberländer, darunter Frankreich, Deutschland und Japan geben über 70% ihrer Entwicklungshilfe für post-primare Bildung aus. Darüber hinaus ist ein Großteil dessen, was als Entwicklungshilfe deklariert wird, nichts anderes als berechnete Kosten, beispielsweise für Studienplätze im Inland für Studierende aus Entwicklungsländern, die als Entwicklungshilfe für die Herkunftsländer der Studierenden gezählt werden. In Frankreich und Deutschland stellen berechnete Kosten über die Hälfte der Entwicklungshilfe für Bildung dar.

Jenseits des Umfangs der Hilfe gibt es andauernde Besorgnis über die Effektivität der Hilfe. 2007 wurde weniger als die Hälfte der gesamten Gelder über nationale öffentliche Finanzierungssysteme geleitet, nur jedes fünfte Geberprojekt war koordiniert und nur 46% der für ein bestimmtes Jahr vorgesehenen Entwicklungshilfe wurde tatsächlich in dem entsprechenden Jahr ausgezahlt. Diese Ergebnisse weichen weit ab von der von den Geberländern

angenommenen *Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit*.

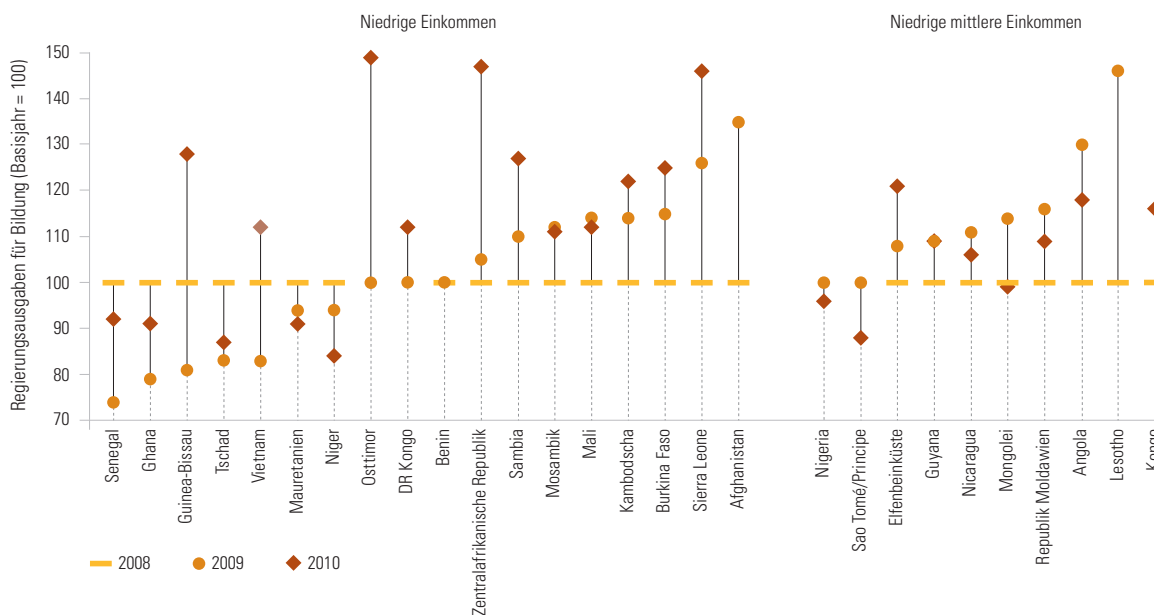
Die Finanzkrise - Schmerzliche Anpassungen in Sicht

Die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf die Erfolgsaussichten von „Bildung für alle“ werden von den Geberländern, internationalen Finanzinstitutionen und anderen Einrichtungen nach wie vor weitgehend vernachlässigt. Der Weltbildungsbericht 2010 forderte Regierungen und internationale Finanzinstitutionen dazu auf, die Folgen einer krisenbedingten Anpassung der Budgets für die Finanzierung von „Bildung für alle“ zu bewerten.

Während die Finanzkrise durch Bankensysteme und regulatorische Fehler reicher Länder verursacht wurde, kämpfen Millionen Menschen der ärmsten Bevölkerungsteile der Welt mit den Nachwirkungen. Verlangsamtes ökonomisches Wachstum, verbunden mit höheren Lebensmittelpreisen, hat im Vergleich zu Entwicklungen vor der Krise weitere 64 Millionen Menschen in extreme Armut getrieben und zu Mangelernährung von zusätzlich 41 Millionen im Jahr 2009 geführt. Die Erfolgsaussichten für „Bildung für alle“ werden unausweichlich darunter leiden. Es gibt bereits Anzeichen für erhöhten Druck auf das Budget von privaten Haushalten, der dazu führt, dass Kinder aus der Schule genommen werden. Eine stärkere Mangelernährung von Kindern wird die Teilnahme am Unterricht und den Lernerfolg beeinflussen.

Abbildung 4: Die Auswirkung der Finanzkrise auf Bildungsausgaben

Realer Ausgabenindex für ausgewählte Länder mit niedrigen und niedrigen mittleren Einkommen, 2008-2010



Quelle: Abbildung 2.12 im EFA Global Monitoring Report 2011

Fiskalischer Druck stellt eine weitere Bedrohung für das Erreichen der EFA-Ziele dar. Das Scheitern der UN-Sonderorganisationen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), dies zu untersuchen, ist besorgniserregend. Teil des Problems ist ein fehlendes systematisches Budget-Monitoring. Der Weltbildungsbericht 2011 vergleicht auf der Grundlage einer Studie von 18 Ländern mit niedrigen und 10 mit mittleren Einkommen die tatsächlichen Ausgaben 2009 mit den für 2010 geplanten Ausgaben. Ergebnisse sind unter anderem, dass sieben Länder mit niedrigen Einkommen 2009 Einschnitte in den Bildungsausgaben vorgenommen haben, darunter Tschad, Ghana, Niger und Senegal. In fünf dieser sieben Länder sind die geplanten Bildungsausgaben für 2010 unter dem Niveau von 2008. Sieben Länder mit niedrigen mittleren Einkommen wiesen 2009 gleiche oder höhere Bildungsausgaben auf, sechs planten Einschnitte in 2010. Die geplanten fiskalischen Anpassungen für Länder mit niedrigen Einkommen drohen zu einer Ausweitung der EFA-Finanzierungslücke zu führen. IWF-Prognosen schätzen die Steigerung der öffentlichen Ausgaben für Länder mit niedrigen Einkommen bis 2015 auf jährlich 6%. Etwa 12% sind nötig, um universelle Grundschulbildung zu erreichen.



Ein Schulmädchen in Medellín, Kolumbien, wo Schulen in die Schusslinie zwischen Regierungstruppen und Paramilitärs geraten sind.

© Jesus Abad Colorado

Fünf Empfehlungen zur Finanzierung:

Die finanzielle Situation von nationalen Regierungen und Geberländern wird in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich schwieriger als im letzten Jahrzehnt. Große Schritte in Richtung der EFA-Ziele verlangen entschiedenes Handeln. Dieser Bericht legt fünf umfassende Empfehlungen vor:

- **Neubewertung finanzieller Erfordernisse im Licht der Finanzkrise.** IWF, Weltbank, Regierungen und UN-Sonderorganisationen sollten die Finanzierungslücke für die EFA- und die Millenniumsziele bewerten sowie entsprechend nötige Budgetanpassungen kritisch prüfen.
- **Die Zusagen von 2005 erfüllen.** Geberländer sollten umgehend die Zusagen von 2005 einlösen und neue Zusagen für die Zeit bis 2015 geben. In der ersten Hälfte von 2011 sollten alle Geber Pläne zur Deckung der Finanzierungslücken vorlegen.
- **Grundbildung eine hohe Priorität einräumen.** Geber sollten ihre finanziellen Hilfen stärker auf ihre EFA-Zusagen abstimmen. Wenn alle Geber mindestens die Hälfte ihrer Bildungshilfe für Grundbildung ausgeben würden, könnten sie jährlich zusätzliche 1,7 Milliarden US-Dollar mobilisieren.
- **Eine neue globale Finanzinitiative starten, die International Finance Facility for Education (IFFE).** EFA-Akteure müssen sich bewusst sein, dass selbst wenn die Versprechen von 2005 eingehalten werden und Geber Grundbildung eine höhere Priorität zusprechen, Bemühungen dennoch viel zu wenige und zu späte Erfolge zeigen werden. Wie bei der *International Finance Facility for Immunisation* sollten Geber Ressourcen durch den Verkauf von Anleihen mobilisieren und die Zinsen über eine längere Zeit zahlen. Geber könnten so zwischen 2011 und 2015 jährlich ca. 3-4 Milliarden US-Dollar aufbringen. Ein Teil davon sollte durch die reformierte *Fast Track Initiative* (FTI)⁵ ausgeschüttet werden.
- **Innovative Finanzierung mobilisieren.** EFA-Befürworter sollten mit weiteren Partnern für eine globale Finanztransaktionssteuer eintreten. Bildung muss außerdem in Finanzierungsplänen im Rahmen einer erweiterten MDG-Finanzierungsstrategie enthalten sein. Angesichts des Umfangs der Finanzierungslücke sind weitere innovative Finanzinstrumente für Bildung notwendig. Der Weltbildungsbericht 2011 schlägt eine Mobiltelefonabgabe in der EU in Höhe von 0,5% der Erträge aus Mobilfunkverträgen vor. Dies könnte jährlich ca. 894 Millionen US-Dollar mobilisieren.

⁵ Die Fast Track Initiative ist ein Koordinierungsinstrument, das 2002 als globale Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern geschaffen wurde. Entwicklungsländer, die Grundbildung zur Priorität erklärt haben, erhalten über die FTI koordinierte finanzielle und technische Unterstützung für die Umsetzung längerfristiger Bildungspläne.

Schwerpunkt des diesjährigen Berichts: Die unbeachtete Krise – Bewaffneter Konflikt und Bildung

Die Vereinten Nationen wurden vor allem zur Beendigung der „Geißel des Krieges“ gegründet, die heute, 65 Jahre später, noch immer präsent ist und Bildungschancen in epischem Ausmaß zerstört. Die Konsequenzen von bewaffneten Konflikten für Bildung wurden bisher weitestgehend vernachlässigt. Es ist eine unbeachtete Krise, die Armut verstärkt, ökonomisches Wachstum und die Weiterentwicklung von Staaten untergräbt. Den Kern der Krise bilden weitverbreitete und systematische Verletzungen der Menschenrechte, die ohne Zweifel als „barbarische Akte“ bezeichnet werden können.

Der Weltbildungsbericht 2011 legt den Schwerpunkt auf diese unbeachtete Krise in der Bildung. Er dokumentiert das Ausmaß der Krise, spürt ihre Gründe auf und entwirft eine Agenda des Wandels. Eine Kernbotschaft lautet, dass business-as-usual jede Hoffnung auf das Erreichen der EFA- oder der Millenniums-Ziele zunichtemacht.

Obwohl Bildungssysteme einen großen Beitrag zu Frieden, Versöhnung und Konfliktprävention leisten können, fördern sie allzu oft Gewalt. Die UN-Verfassung von 1949 erkannte, dass dauerhafter Frieden nur auf Bildung gegründet werden kann. Dennoch werden Bildungssysteme zu häufig nicht zur Förderung gegenseitigen Respekts, Toleranz und kritischen Denkens, sondern zum Gegenteil gebraucht. Der vorliegende Bericht identifiziert Lösungsstrategien für dieses Problem, um das Potenzial von Bildung als treibende Kraft von Frieden voll zu erschließen.

Jeder bewaffnete Konflikt ist anders und hat verschiedene Konsequenzen für die Bildung. Dennoch gibt es wiederkehrende Themen. Vier systematische

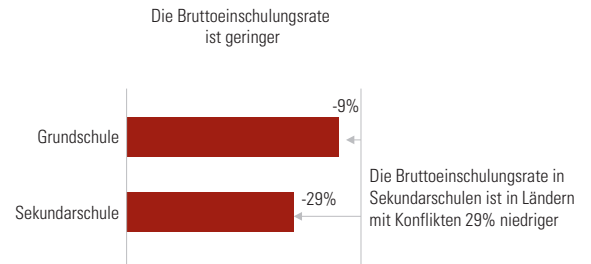
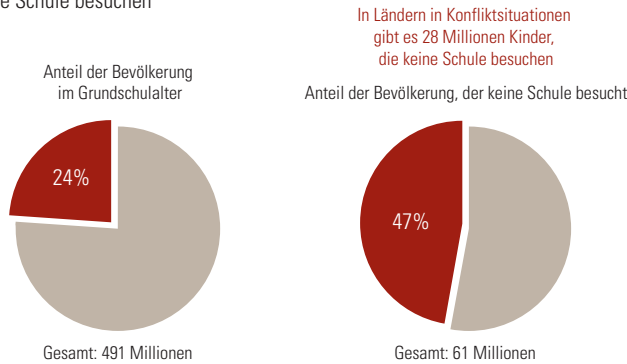
Fehler internationaler Zusammenarbeit stehen im Zentrum der unbeachteten Krise:

- *Mangelnder Schutz.* Regierungen und die internationale Gemeinschaft entsprechen nicht ihren ethischen und rechtlichen Verpflichtungen, Zivilisten in bewaffneten Konflikten zu schützen. Eine Kultur der Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen - bei Angriffen auf Schüler und Lehrkräfte, systematischen Vergewaltigungen und anderen Formen sexueller Gewalt – stellt ein großes Hindernis für die Bildung dar.
- *Mangelnde Unterstützung.* Die außergewöhnlichen Anstrengungen von Eltern und Kindern, Zugang zu Bildung in bewaffneten Konflikten zu bewahren, finden kein Gegenstück in der internationalen Gemeinschaft. Bildung bleibt der am stärksten vernachlässigte Bereich im unterfinanzierten und schwerfälligen System humanitärer Hilfe.
- *Scheitern beim raschen Wiederaufbau.* Das Zeitfenster für das Einsetzen von Wiederaufbastrategien nach beendeten Konflikten wird von der internationalen Gemeinschaft oft nicht genutzt. Teil des Problems ist die Grauzone zwischen humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklungshilfe in Post-Konflikt-Staaten. Bei Staaten in aktuellen Konfliktsituationen greift die reguläre internationale Hilfsarchitektur nicht.
- *Scheitern bei der Friedenskonsolidierung.* Bildung kann eine tragende Rolle in der Friedenskonsolidierung spielen. Vermutlich mehr als jeder andere Sektor kann Bildung für eine sehr sichtbare frühe Friedensdividende sorgen, die für das Überleben von Friedensabschlüssen grundlegend sein kann. Besonders wenn Bildungssysteme inklusiv sind und wechselseitiges Verstehen, Toleranz und Respekt fördern, können sie Gesellschaften weniger gewaltanfällig machen.

Abbildung 5: Staaten mit Konfliktsituationen hängen in der Bildung hinterher

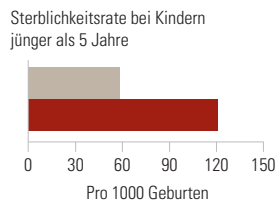
Ausgewählte Bildungsindikatoren für Länder mit niedrigen und niedrigen mittleren Einkommen, nach Konfliktstatus, 2008

Es ist wahrscheinlicher, dass Kinder keine Schule besuchen

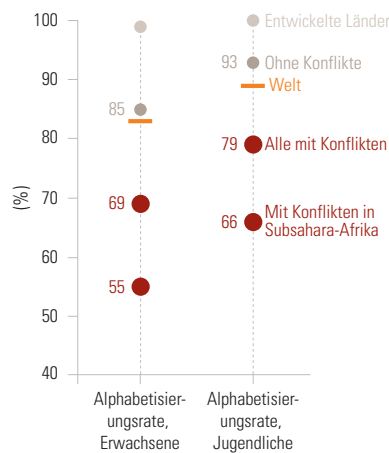


In Staaten in Konfliktsituationen besuchen rund 28 Millionen Kinder im Grundschulalter keine Schule.

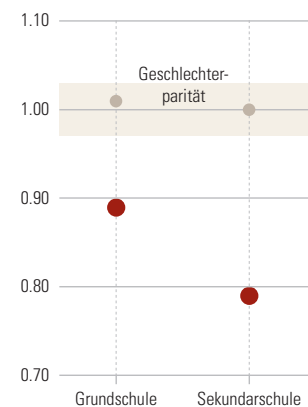
Kindersterblichkeit ist höher.



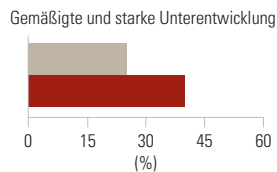
Jugendliche und Erwachsene sind mit höherer Wahrscheinlichkeit Analphabeten



Mädchen werden am stärksten vernachlässigt



Mangelernährung bei Kindern ist häufiger.



■ Staaten in Konfliktsituationen mit niedrigen und niedrigen mittleren Einkommen ■ Andere Staaten mit niedrigen und niedrigen mittleren Einkommen

Quelle: Abbildung 3.1 im EFA Global Monitoring Report 2011

Bewaffneter Konflikt ist ein Haupthindernis für die EFA-Ziele

Auf dem Weltbildungsforum in Dakar im Jahr 2000 erkannten die Staaten Konflikte als ein „Haupt Hindernis für die Erreichung von ‚Bildung für alle‘“ an. Dieser Bericht verdeutlicht, dass dieses Hindernis unterschätzt und Lösungsstrategien zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Entwicklungsländer in Konfliktsituationen sammeln sich am unteren Ende der Skala für die EFA-Ziele. Die Kindersterblichkeit ist aufgrund von Mangelernährung und damit verbundenen Gesundheitsrisiken doppelt so hoch wie in anderen Entwicklungs-

ländern. In Staaten in Konfliktsituationen besuchen rund 28 Millionen Kinder im Grundschulalter keine Schule. Das sind 42% aller Kinder ohne Schulzugang weltweit. Einschulungsraten in der Sekundarschule sind fast ein Drittel geringer als in anderen Entwicklungsländern und weit geringer für Mädchen. Die Alphabetisierungsrate bei Jugendlichen beträgt 79%, verglichen mit 93% in anderen Entwicklungsländern.

Es gibt Belege, dass gewaltsame Konflikte Disparitäten von Einkommen und Geschlecht innerhalb von Ländern verstärken. Konfliktgebiete liegen oft weit hinter dem Rest des Landes zurück.

Kinder, Zivilisten und Schulen in der Schusslinie

Heutzutage ist die überaus große Mehrheit bewaffneter Konflikte innerstaatlich. Der Weltbildungsbericht identifiziert 48 bewaffnete Konflikte in 35 Ländern zwischen 1999 und 2008, davon 43 in Entwicklungsländern mit niedrigen und niedrigen mittleren Einkommen. Während sie sich in Intensität, Ausmaß und geographischer Ausdehnung unterscheiden, sind sie üblicherweise langwierig. Durchschnittlich dauern Konflikte in Ländern mit niedrigem Einkommen 12 Jahre, in Ländern mit niedrigem mittlerem Einkommen 22 Jahre.

In den meisten Konflikten ist es weitaus gefährlicher Zivilist zu sein als Kombattant. Bildungssysteme sind direkt betroffen. Schulen, Lehrkräfte und Kinder werden als legitime Ziele betrachtet. Einem UN-Bericht zufolge wächst die Angst der Eltern, Schüler und Lehrkräfte beim Schulbesuch. In Afghanistan und Pakistan haben aufständische Gruppen wiederholt Bildungseinrichtungen angegriffen, besonders Mädchenschulen. Sicherheitsbedenken haben in der afghanischen Provinz Helmand zur Schließung von über 70% der Schulen geführt. In 24 Ländern werden Kindersoldaten eingesetzt, unter anderem in der Republik Zentralafrika, Tschad, Kongo, Myanmar und Sudan.

Auch weitere Arten von Gewalt haben weitreichende Folgen für Bildung. Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt werden in vielen Ländern als Kriegstaktik eingesetzt, darunter Afghanistan, Zentralafrika, Tschad, Kongo und der Sudan. Viele der Opfer sind junge Mädchen. Für die Betroffenen sind Verletzungen, Traumata und Stigmatisierung Ursache tiefer und andauernder Benachteiligung in der Bildung. Unsicherheit und Angst führen dazu, dass Mädchen keine Schule besuchen. Familien, Sozialstrukturen und damit Lernumfelder werden zerstört.

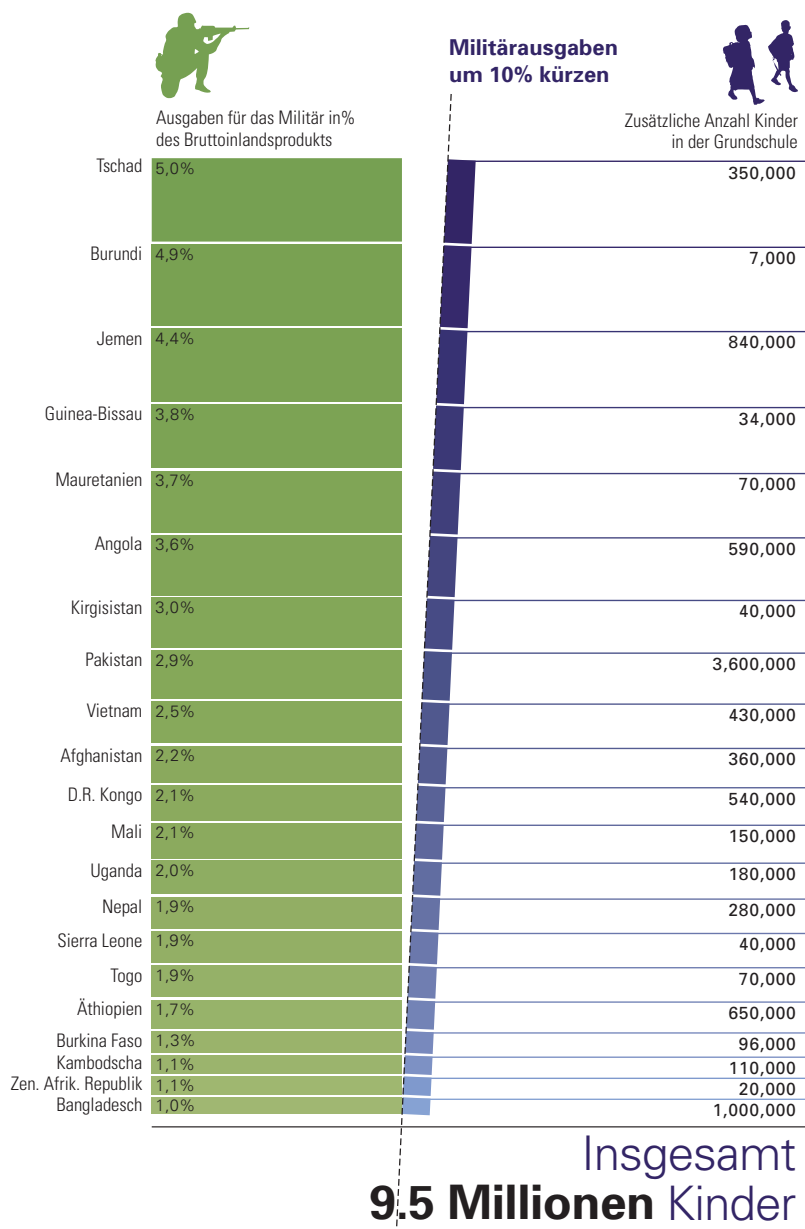
Bewaffneter Konflikt führt darüber hinaus zu geringerem ökonomischem Wachstum, größerer Armut und zu einer Verlagerung von Investitionen weg von Klassenräumen hin zum Militär. Dieser Bericht identifiziert 21 Entwicklungsländer, die mehr für ihr Militär als für die Grundschulbildung ausgeben, in einigen Fällen sogar weit mehr.

Die weltweiten Militärausgaben erreichten 2009 1,5 Billionen US-Dollar. Wenn reiche Länder den Gegenwert ihrer Militärausgaben für sechs Tage für Grundbildung ausgeben würden, könnten sie die Finanzierungslücke für die EFA-Ziele von 16 Milliarden US-Dollar schließen und alle Kinder bis 2015 einschulen. Nationale Regierungen und Geber sollten dringend das finanzielle Potenzial der Überführung unproduktiver Rüstungsausgaben in produktive Investitionen in die Bildung prüfen.

Abbildung 6: Kriegsspiele

Kriegsspiele

21 Entwicklungsländer geben mehr für Militär als für Grundschulbildung aus



Quelle: S. 151 im EFA Global Monitoring Report 2011.

Das Tor zur Welt:
Ein Schulgebäude im
Osten des Tschad.



© Sven Torfinn/Panos

Kaum beachtet: Das Schicksal von Vertriebenen

Bewaffnete Gruppen nutzen Massenvertreibungen als Strategie zur Trennung von Bevölkerungen oder der Zerstörung von Lebensräumen. Ende 2009 gab es laut UN weltweit 43 Millionen Vertriebene und eine wahrscheinlich höhere Dunkelziffer. Schätzungen zufolge ist fast die Hälfte jünger als 18 Jahre. Während grenzüberschreitende Flüchtlingsströme weniger werden, nehmen die Vertreibungen innerhalb von Staaten zu.

Vertreibungen wirken sich massiv auf Bildung aus. Einschulungsraten in Flüchtlingscamps betragen einer UN-Studie zufolge durchschnittlich 69% im Grundschul-, und nur 30% im Sekundarschulbereich. Das Schüler-Lehrkraft-Verhältnis war mit 50:1 in fast einem Drittel der Camps sehr hoch, und viele der Lehrkräfte waren nicht ausgebildet.

In zahlreichen Ländern erhalten Flüchtlinge außerdem keinen Zugang zu öffentlichen Bildungseinrichtungen und der Grundversorgung. Begrenzte Arbeitserlaubnisse verstärken Armut, nehmen Bildungschancen und treiben viele Menschen in den Untergrund. Dies führt auch zu geringen Bildungschancen der betroffenen Kinder.

Der Umkehreffekt: Der Einfluss von Bildung auf gewaltsame Konflikte

Während Bildung selten einen Hauptgrund für Konflikte darstellt, ist sie doch Teil des politischen Nährbodens für Konflikte. Innerstaatliche bewaffnete Konflikte beruhen oft auf Identitäts-, Glaubens-, ethnischen oder regionalen Streitigkeiten. Bildung kann in allen diesen Bereichen Veränderungen bewirken und das Zünglein an der Waage zwischen Frieden und Konflikt sein. Dieser Bericht zeigt,

welche Bildungssysteme Gesellschaften anfälliger für Konflikte machen:

- *Wird jungen Menschen Zugang zu qualitativ hochwertiger Grundbildung verwehrt, profitieren bewaffnete Milizen von der resultierenden Perspektivlosigkeit und Armut.* Die enorm hohe Zahl Jugendlicher macht die Notwendigkeit eines Übergangs von Ausbildung zu Anstellung noch dringlicher. 60% der Bevölkerung beispielsweise in Guinea, Liberia, Nigeria und Sierra Leone ist unter 25, verglichen mit weniger als 25% in vielen OECD-Ländern.
- *Ungleicher Zugang führt zu Missständen und einem Gefühl der Ungerechtigkeit.* Disparitäten in der Bildung und anderen Bereichen erhöhen das Konfliktrisiko.
- *Schulsysteme können zur Verstärkung von Vorurteilen und Intoleranz missbraucht werden.* In diversen bewaffneten Konflikten wurde Bildung aktiv zur Verstärkung politischer Vorherrschaft, der Unterdrückung marginalisierter Gruppen und ethnischer Trennung genutzt. In vielen Ländern stehen Schulen im Zentrum größerer Konflikte über die kulturelle Identität.

Unterstützung von Staaten in Konfliktsituationen

Entwicklungshilfe spielt eine entscheidende Rolle in Staaten in Konfliktsituationen. Einige Probleme haben die Effektivität internationaler Hilfe jedoch geschwächt. Die Konzentration der Unterstützungsleistungen auf eine kleine Gruppe von Ländern aus sicherheitspolitischen Überlegungen heraus hat zu einer Vernachlässigung vieler der ärmsten Länder der Welt geführt. Die Entwicklungshilfe für 27 Staaten in Konfliktsituationen hat mit 36 Milliarden US-Dollar in 2007/2008 zwar zugenommen, Irak und Afghanistan haben jedoch zusammen 38% davon erhalten.

Entwicklungshilfegelder für Grundbildung in Pakistan waren mehr als zweimal so hoch wie die Unterstützung für den Kongo und den Sudan. Während Geberbeiträge für Grundbildung in Afghanistan sich in den letzten fünf Jahren mehr als verfünffacht haben, sind sie in Ländern wie Tschad und Zentralafrika langsamer gestiegen oder stagniert und in der Elfenbeinküste sogar gefallen.

Die Volatilität der Hilfe stellt ein weiteres Problem dar. Aufgrund schwacher öffentlicher Finanzsysteme benötigen Staaten in Konfliktsituationen einen prognostizierbaren Zufluss an Entwicklungshilfe. Einige Länder haben innerhalb von Zwei-Jahreszyklen erst die Verdoppelung und dann die Halbierung der Entwicklungshilfe erfahren.

Die fließenden Grenzen zwischen Entwicklungshilfe und außenpolitischen Zielen haben weitreichende Konsequenzen für Bildung. Insbesondere die steigende Bedeutung des Militärs ist besorgniserregend. In Afghanistan wurden 2008 fast zwei Drittel der US-Entwicklungshilfegelder für Bildung durch eine Einrichtung unter Militäraufsicht vergeben.

Es gibt schlagkräftige Argumente für die Erhöhung von Entwicklungshilfe in Staaten in Konfliktsituationen. Neben dem Hauptgrund der Millenniumsziele sind dies Eigeninteressen der Geber bezüglich internationalem Frieden und Sicherheit. Doch wenn Hilfe als Teil der Sicherheitsstrategie eines Landes gesehen wird, kann dies zu einer Gefährdung von lokalen Gruppierungen und Entwicklungshelfern führen, wie ein beunruhigender Anstieg von Angriffen auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen zeigt. In den letzten drei Jahren wurden mehr als 600 Helfer getötet, schwer verwundet oder entführt. Die Gefahr von Angriffen auf Schulen steigt durch die Beteiligung von Militär und privaten Sicherheitsfirmen.

Da zahlreiche große Geberländer wie Großbritannien und die USA bedeutende Erhöhungen für Länder wie Afghanistan und Pakistan angekündigt haben, müssen eine Reihe von Fragen adressiert werden. Dazu gehören die Fragen nach Kriterien der Länderauswahl, die verfolgten Ziele sowie die Art der Unterstützung. Entscheidend ist, dass direkte militärische Beteiligung am Aufbau von Schulen verhindert wird.

Fehlenden Schutz gewährleisten

1996 stellte Graça Machel der UN-Generalversammlung ihren Bericht über Kinder und bewaffnete Konflikte vor. Der Bericht forderte die internationale Gemeinschaft zur Beendigung nicht tolerierbarer Angriffe auf Kinder auf. 15 Jahre später duldet die internationale Gemeinschaft diese immer noch.

Dieser Bericht ruft zu Reformen in den folgenden Kerngebieten auf:

- *Das Monitoring- und Berichtssystem stärken.* Das System muss einen umfassenderen Überblick über Umfang und Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen gegenüber Kindern liefern und Wiederholungstäter dem Sicherheitsrat melden.
- *Bessere Berichterstattung zum Thema Bildung.* Das internationale Berichtssystem zur Auswirkung von Menschenrechtsverletzungen auf die Bildung ist schwach entwickelt. Nötig ist ein systematisches und umfassendes Berichtssystem, das Angriffe auf Schüler, Bildungsinstitutionen und Lehrkräfte dokumentiert. Die UNESCO sollte damit beauftragt und entsprechend ausgestattet werden.

Schulen, Lehrkräfte und Kinder werden in bewaffneten Konflikten als legitime Ziele betrachtet.

- *Entschiedenes Handeln gegen Vergewaltigung und sexuelle Gewalt in Konflikten.* Der Sicherheitsrat sollte eine Internationale Kommission zu Vergewaltigung und sexueller Gewalt gründen, die das Ausmaß des Problems in Staaten in Konfliktsituationen dokumentiert, Verantwortliche identifiziert und dem Sicherheitsrat meldet.
- *Nationale Pläne zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen unterstützen.* Geber sollten ihre Unterstützung nationaler Strategien zu mehr Rechtsstaatlichkeit erhöhen.

Fehlende Unterstützung - Das System humanitärer Hilfe verbessern

Humanitäre Hilfe zielt darauf ab, Leben zu retten, Grundbedürfnisse zu erfüllen und menschenwürdige Verhältnisse wiederherzustellen. Sie muss deshalb Kindern in Staaten in Konfliktsituationen einen Bildungsweg eröffnen. Drei Viertel der Entwicklungshilfe fließen in Staaten in Konfliktsituationen, wenig davon jedoch in Bildung. Der Grund liegt darin, dass teilweise Bildung nicht als lebensrettend betrachtet wird. Der Weltbildungsbericht schätzt,

dass 2009 Hilfe für Bildung ca. 149 Millionen US-Dollar betrug, das sind ca. 2% der gesamten Entwicklungshilfe. Kaum mehr als ein Drittel der Anfragen auf Hilfe für Bildung erhält eine Finanzierung.

Nicht nur die geringe Zahl von Anträgen auf Hilfe für Bildungsvorhaben ist das Problem, vielmehr beruhen die Anträge selbst auf keiner realistischen Einschätzung der tatsächlichen Bedürfnisse. Die Demokratische Republik Kongo beantragte z. B. nur 25 Millionen US-Dollar für Bildung, bei mehr als zwei Millionen Vertriebenen. Zudem besuchen dort in manchen Konfliktregionen ca. ein Drittel der Kinder keine Schule.

Dieser Bericht entwickelt eine umfassende Agenda zur Verbesserung der Bildung für Menschen in bewaffneten Konflikten oder durch Konflikte Vertriebene. Zu den Kernelementen gehören:

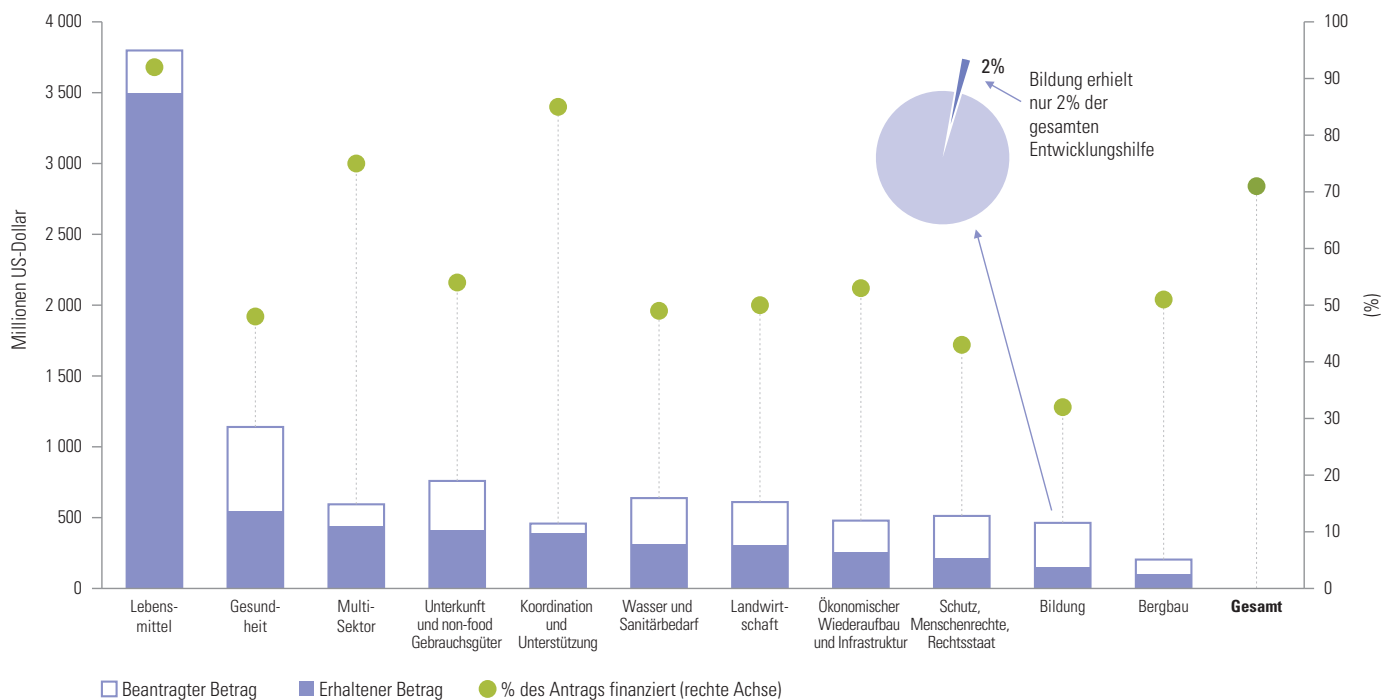
- *Humanitäre Hilfe neu denken.* Alle an „Bildung für alle“ beteiligten Einrichtungen müssen für eine höhere Priorität von Bildung in der humanitären Hilfe eintreten.



Kinder in einem Zelt, das als Klassenraum dient, nachdem ihre Schule durch einen israelischen Angriff im Gazastreifen 2009 zerstört wurde.

Abbildung 7: Die doppelte Benachteiligung von Bildung in der Entwicklungshilfe: Wenige Anträge und noch weniger Bewilligungen

Erhaltener und beantragter Betrag nach Sektor, konsolidierte Anträge und Blitzappelle



Quelle: Abbildung 4.4 im EFA Global Monitoring Report 2011

- **Finanzmittel nach Bedürfnissen einsetzen.** Ein ausgehnter und flexiblerer Finanzrahmen für humanitäre Hilfe ist nötig. Höhere Mittel für globale Fonds können Lücken zwischen Finanzierungsanträgen und Hilfsleistungen in der Bildung füllen. Dieser Bericht empfiehlt, dass multilaterale Fonds, wie z.B. der *Central Emergency Response Fund* von derzeit ca. 730 Millionen US-Dollar auf ca. 2 Milliarden US-Dollar erhöht werden.
- **Angemessene Bedarfsermittlung durchführen.** Gegenwärtige Zusagen und Anfragen sind weit entfernt von tatsächlichen Bedürfnissen von Flüchtlingen und Vertriebenen. Dieser Bericht empfiehlt, dass die Bildungsgruppe der Sonderorganisationen, zuständig für die Koordinierung von Anträgen, mit Experten für Datenerfassung zusammenarbeitet und Indikatoren für Bildung sowie Einschätzungen der finanziellen Bedürfnisse für spezielle Ziele erarbeitet.
- **Finanzierung und rechtliche Regelungen für Vertriebene.** UNICEF und UNHCR sollten ein gemeinsames Mandat für Bildung von Flüchtlingen und Vertriebenen erhalten. Gastländer von Flüchtlingen und Vertriebenen sollten diesen Zugang zu Bildungssystemen verschaffen und ihre Rechte stärken.

Bildungsstrukturen wiederaufbauen - Die Friedensprämie sichern

Der Wiederaufbau von Bildungsstrukturen in Post-Konflikt-Szenarien stellt eine enorme Herausforderung dar. Regierungen müssen unter Bedingungen politischer Instabilität und Unsicherheit mit geringen Ressourcen operieren. Ein zerstörtes Schulsystem bei chronischen Finanzdefiziten und Lehrkräftmangel aufzubauen, ist besonders schwierig. Dennoch kann der Erfolg in der Bildung Frieden sichern, Regierungslegitimität schaffen und Gesellschaften auf eine friedlichere Zukunft hin ausrichten. Geber spielen eine entscheidende Rolle bei der Nutzung der Möglichkeiten, die sich beim Eintritt des Friedens eröffnen.

Strategien, die schnelle Resultate gezeigt haben, sind beispielsweise die Aufhebung von Schulgebühren, die Unterstützung von Initiativen aus lokalen Gemeinschaften, der Bau von Klassenzimmern, die rasche Bereitstellung von Lernmöglichkeiten sowie die Stärkung von Entwaffnungs- und Reintegrationsprogrammen, die Kompetenzen fördern. Auch Informationssysteme zum Bildungsmanagement sind ein wichtiges Instrument für Regierungen, um Mittelvergabe, Bedarf und Lehrkraftentlohnung laufend zu überprüfen.

Gemeinsames Lernen in einem Heim für gefährdete Kinder, darunter Vergewaltigungsopfer, in Goma, Demokratische Republik Kongo.

© Robin Hammond/Panos

Nachhaltige und prognostizierbare Unterstützung ist entscheidend für den Wiederaufbau von Bildungsstrukturen. Dennoch erhalten viele Länder nur begrenzte und unkalkulierbare Mittel, da Geber oft erneute Konflikte fürchten oder die Empfängerstaaten Berichtserfordernisse nicht erfüllen können.

Erwartete Risiken sind ein Hindernis für humanitäre Hilfe. Die Bündelung von Ressourcen und die Zusammenarbeit von Gebern verteilen das Risiko und führen zu mehr Effizienz bei Risikomanagement, grundlegenden Kosten und Koordination. Gemeinsame Fonds, wie z. B. der *Afghanistan Reconstruction Trust Fund* in Afghanistan mit 32 Gebern und fast 4 Milliarden US-Dollar (2002-2010), weisen große Erfolge, beispielsweise in der Einschulung von mehr Kindern auf.

Globale Fonds könnten auch eine weit größere Rolle in Staaten in Konfliktsituationen spielen als bisher. Dem Bildungssektor fehlt ein Fonds in der Größenordnung der Fonds im Gesundheitsbereich. Die *Fast Track Initiative* (FTI) hat seit 2002 883 Millionen US-Dollar an dreißig Länder ausgezahlt, der globale Fond für Aids, Tuberkulose und Malaria hat seitdem 10 Milliarden US-Dollar ausgeschüttet. Damit die FTI die Bedürfnisse der

Staaten in Konfliktsituationen erfüllen kann, muss sie flexibler und mit mehr Ressourcen ausgestattet werden: Die FTI hat 2009 222 Millionen US-Dollar ausgezahlt, die externe Finanzierungslücke für Länder mit niedrigem Einkommen beträgt 16 Milliarden US-Dollar.

Dieser Bericht fordert, dass Bildung eine viel bedeutendere Rolle im Rahmen von Post-Konflikt-Szenarien eingeräumt wird und empfiehlt dazu Maßnahmen in vier zentralen Bereichen:

- *Chancen für schnelle Erfolge durch bezahlbarere und besser zugängliche Bildung nutzen.* Abschaffung von Schulgebühren, beschleunigte Ausbildungsgänge sowie Kompetenztraining und psychologisch-soziale Unterstützung in Entwaffnungs- und Reintegrationsprogrammen sind Teil der Friedensdividende.
- *Grundlagen für den langfristigen Wiederaufbau schaffen.* Die Entwicklung nationaler Planungskompetenz und Bildungsmanagement-Informationssysteme (Education Management Information System, EMIS) sowie die Verbesserung des Vergütungssystems für Lehrkräfte sind entscheidend für transparentere, effizientere, verlässlichere und inklusivere Bildungssysteme.

- *Unterstützung für Korbfinanzierung erhöhen.* Dies könnte zu verstärkter Geberkoordination führen. Hilfseinrichtungen sollten nach Möglichkeit Mittel für existierende Fonds erhöhen und neue Fonds in vernachlässigten Ländern wie Tschad und der Demokratischen Republik Kongo einrichten.
- *Die Fast Track Initiative zu einem effektiveren weltweiten Fonds machen.* Der Bildungssektor bedarf dringend Fonds, die in Ausmaß und Effizienz denen im Gesundheitsbereich entsprechen. Dieser Bericht empfiehlt eine jährliche Finanzierung der FTI in Höhe von ca. 6 Milliarden US-Dollar zwischen 2011 und 2013. Ungefähr ein Drittel des Betrags könnte aus Bildungsanleihen kommen. Weitere Reformen der FTI sind notwendig, um Post-Konflikt-Länder unterstützen zu können.

Bildung als Friedensstifter

Durch eine gute Bildungspolitik bietet sich Regierungen die Möglichkeit, die Vergangenheit aufzuarbeiten, einen brüchigen Frieden zu stärken und Gesellschaften auf den Weg zu einer friedlicheren Zukunft zu führen. Bildungsinhalte, ihre Vermittlung sowie die Struktur von Bildungssystemen haben einen Einfluss auf die Konflikthanfälligkeit von Gesellschaften.

Die systematische Vernachlässigung von Bildung in der Friedenskonsolidierung stellt eine vertane Chance für Konfliktprävention und stabile Gesellschaften dar. Regierungen und Geber, die die Rolle von Bildung in der Friedenskonsolidierung übersehen, führen Länder auf einen unsicheren, potenziell gewaltvolleren Weg. Die Vernachlässigung von Bildung ist in der UN-Kommission für Friedenskonsolidierung (*United Nations Peacebuilding Commission*) und dem assoziierten Friedenskonsolidierungsfonds (Peacebuilding Fund, PBF) deutlich. Der PBF hat sich als bedeutend in Post-Konflikt-Szenarien bewiesen, ist in finanzieller Hinsicht jedoch mit 347 Millionen US-Dollar seit 2006 sehr klein. Bildungsspezifische Projekte machen davon nur 3% der gesamten Finanzierung aus.

Dieser Bericht untersucht zahlreiche Möglichkeiten der Friedenssicherung durch Bildung. Obgleich es keinen allgemeingültigen Lösungsansatz gibt, muss der Ausgangspunkt der Überlegungen sein, dass Bildungspolitiker einschätzen, ob ihre Entscheidungen Missstände verstärken könnten. Der Bericht empfiehlt Entscheidungsträgern eine vorsichtige Abwägung

öffentlicher Meinung und möglicher Auswirkungen von Entscheidungen in Bereichen wie:

- *Unterrichtssprache.* In manchen Ländern, wie z. B. Tansania, hat eine einheitliche Unterrichtssprache zur Stärkung eines gemeinsamen Identitätsgefühls geführt, in anderen Ländern wie in Guatemala hingegen zu mehr Gewalt.
- *Lehrpläne reformieren.* Fächer wie Geschichte und Religion sind sensibel im Hinblick auf die Entstehung von Gewalt. Doch tief verwurzelte Vorurteile können durch sie auch abgebaut werden, indem Schüler über ihre zahlreichen Identitäten sowie über Gemeinsamkeiten eher als über Unterschiede reflektieren.
- *Bildungsstrukturen regionalisieren.* Dezentralisierung und Regionalisierung werden oft als automatischer Weg zu größerer Verlässlichkeit, Transparenz und Friedenskonsolidierung betrachtet. Dies wird überbewertet, denn in manchen Ländern mit stark regionalisiertem Bildungssystem kann eine schwache Zentralregierung Friedensbemühungen zunichtemachen, wie in Bosnien und Herzegowina geschehen.
- *Schulen zu gewaltfreien Räumen machen.* Dies hat sich ausnahmslos als eine gute Strategie für Bildung, Kinder und Friedenskonsolidierung erwiesen. Das Verbot körperlicher Bestrafung ist Teil der Bemühungen gegen die Normalisierung von Gewalt in Gesellschaften.



Ein Klassenraum im georgischen Dorf Zartsem, Südossetien, zerstört während des Krieges im August 2008.

So wie jeder bewaffnete Konflikt Ausdruck grundlegender Spannungen und verfehlter Konfliktlösung ist, so zeichnet sich auch jedes Post-Konflikt-Szenario durch verschiedene Risiken und Chancen für die Bildung aus. Zu den Empfehlungen dieses Berichts gehören:

- *Bildung als Teil des Post-Konflikt-Szenarios anerkennen.* Regierungen und Geber müssen realisieren, dass, was immer ihre Intention ist, bildungspolitische Reformen in einem durch Konflikt bestimmten Raum durchgeführt werden. Jede politische Maßnahme sollte daher Risikoeinschätzungen beinhalten.
- *Den Friedenskonsolidierungsfonds ausbauen.* Die UN-Kommission für Friedenskonsolidierung könnte weit- aus aktiver Regierungen unterstützen, Bildung in eine umfassende Friedenskonsolidierungsstrategie zu integrieren. Die Erhöhung von Ressourcen des PBF auf zwischen 500 Millionen und 1 Milliarde US-Dollar im Jahr könnte zu einer effektiveren Nutzung des Mög- lichkeitsspielraums führen, der sich durch Frieden eröffnet.
- *Die Rolle von UNESCO und UNICEF bei Friedens- initiativen stärken.* Nachhaltige Friedenskonsolidierung benötigt nicht nur Planung und finanzielle Ressourcen,

sondern engagierte Experten und Einrichtungen, die Kompetenzaufbau und technische Unterstützung leisten – von Lehrplänen, über das Layout von Lehr- büchern, bis hin zur Lehrkraftausbildung. Dies ist ein Gebiet, auf dem UNESCO und UNICEF eine weitaus wichtigere Rolle spielen sollten. Beide Einrichtungen sollten sich auch aktiver an der UN-Kommission für Friedenskonsolidierung beteiligen.

Bildung spielt eine entscheidende Rolle für die Schaffung stabiler und gewaltfreier Gesellschaften. Schulen im 21. Jahrhundert müssen Kindern die Fähigkeit vermitteln, die für eine florierende multikulturelle Gesellschaft am wichtigsten ist – die Fähigkeit, friedlich mit anderen Menschen zusammenzuleben. Das Bewusstsein religiöser, ethnischer und sprachlicher Unterschiede sollte nicht aus dem Klassenraum verbannt werden. Im Gegenteil, Unterschiede sollten anerkannt und positiv wahrgenommen werden. Schulen und Klassenräume müssen jedoch vor allem ein Ort sein, an dem Kinder lernen, anderen zu begegnen, Dinge zu teilen und andere Kinder mit ihren Unterschieden zu respektieren. Kein Land kann langfristige Grundlagen für Frieden schaffen, wenn es nicht einen Weg findet, gegenseitiges Vertrauen unter seinen Bürgern herzustellen. Der Anfang wird im Klassenraum gemacht.



Mädchen spielen in einem zerstörten Gebäude in Kabul, das 105 Flüchtlingsfamilien Schutz bietet.

"I hope that political leaders in all countries will heed the message of UNESCO's EFA Global Monitoring Report and remember that education should never be used to poison young minds with prejudice, intolerance and disrespect. Schools can be a powerful force for peace."

Shirin Ebadi
(Friedensnobelpreisträgerin, 2003)

"I endorse UNESCO's call for governments around the world to invest less in bombs and bullets, and more in books, teachers, and schools."

Oscar Arias Sánchez
(Friedensnobelpreisträger, 1987)

"UNESCO's EFA Global Monitoring Report enhances our understanding of the noxious impact of sexual violence and rape by reminding us of its additional impact on education - a connection that has been neglected for far too long."

Mary Robinson
(UN-Hochkommissarin für
Menschenrechte, 1997-2002)

"One of the key messages in UNESCO's Education for All Global Monitoring Report is that education can be a force for preventing conflict, reconstructing countries after conflict, and building peace. I wholeheartedly endorse that message."

José Ramos-Horta
(Friedensnobelpreisträger, 1996)

"This UNESCO report is long overdue. It documents in stark detail the sheer brutality of the violence against some of the world's most vulnerable people, including its schoolchildren - and it challenges leaders of all countries, rich and poor, to act decisively. My appeal to world leaders is to make a simple statement of intent: 'Enough is enough.'"

Desmond Tutu
(Friedensnobelpreisträger, 1984)

Kurzfassung

Eine Publikation der Deutschen UNESCO-Kommission



Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.

Die unbeachtete Krise: Bewaffneter Konflikt und Bildung

Wenn Kriege ausbrechen, konzentrieren sich die internationale Aufmerksamkeit und die Berichterstattung der Medien auf die unmittelbaren Bilder menschlichen Leidens. Doch hinter diesen Bildern befindet sich eine unbeachtete Krise. In vielen der ärmsten Länder der Welt zerstören bewaffnete Konflikte nicht nur die Schulinfrastruktur, sondern auch die Hoffnungen und Ambitionen von Generationen von Kindern.

Die unbeachtete Krise: Bewaffneter Konflikt und Bildung dokumentiert die verheerenden Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Bildung. Der Bericht untersucht die weitverbreiteten Menschenrechtsverletzungen, die Kindern den Schulbesuch verwehren. Er hinterfragt ein internationales Hilfssystem, das im Fall von Staaten in Konfliktsituationen versagt, mit verheerenden Konsequenzen für Bildung. Er warnt davor, dass Schulen oft zur Vermittlung von Intoleranz und Vorurteilen missbraucht werden und soziale Ungerechtigkeit verstärken.

Der Weltbildungsbericht fordert Regierungen auf, größeres Engagement in der Bekämpfung einer Kultur der Straflosigkeit bei Angriffen auf Schulkinder und Schulen zu zeigen. Und er identifiziert Strategien zur Stärkung der Rolle von Bildung im Rahmen der Friedenskonsolidierung.

Diese Publikation ist eine deutsche Kurzfassung des Weltbildungsberichts 2011. Sie ist online verfügbar unter www.unesco.de/efareport.html. Der vollständige Bericht, die Bildungsstatistiken und -indikatoren sowie Ausgaben in anderen Sprachen sind online verfügbar unter www.efareport.unesco.org.



Titelbild:

Kinder im Norden Ugandas, die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Widerstandskämpfern erlebt haben, halten ihre Erfahrungen in Bildern fest.

© Xanthopoulos Daimon/Gamma

